

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen	XIII
---------------------------------------	------

Einleitung

I. Übersicht über die geschichtliche Entwicklung des österreichischen Verfassungsrechts	1
1. Die Entwicklung in der österreichisch-ungarischen Monarchie	1
a) Die Anfänge der konstitutionellen Monarchie	1
b) Die Dezemberverfassung vom Jahre 1867	8
2. Die Entwicklung in der Republik Österreich	12
a) Provisorische und Konstituierende Nationalversammlung	12
b) Die Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 und ihre Fortentwicklung	19
c) Die Verfassung 1934	23
3. Die Besetzung Österreichs durch das Deutsche Reich	27
4. Die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit Österreichs und die Vorgeschichte des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955	29
5. Der Staatsvertrag vom 15. Mai 1955	35
6. Die dauernde Neutralität Österreichs	44
7. Die Entwicklung des österreichischen Verfassungsrechts seit 1. Januar 1956	47
II. Staatsrecht und Völkerrecht	52
III. Quellen und Literatur des österreichischen Verfassungsrechts	57
1. Übersicht über die Rechtsentwicklung in Österreich	57
2. Quellen des österreichischen Bundesverfassungsrechts	62
3. Quellen des österreichischen Landesverfassungsrechts	68
4. Gesetzessammlungen	68
5. Literatur zum österreichischen Verfassungsrecht	71

Erstes Hauptstück

Die leitenden Grundsätze der Verfassung

1. Das demokratische Prinzip	75
2. Das bundesstaatliche Prinzip	83
3. Das rechtsstaatliche Prinzip	94
4. Entwicklung zum Parteienstaat	106
5. Entwicklung zum Kammerstaat	111
6. Der Abbau der staatlichen Verfassungshoheit durch internationale Bindungen	117

Zweites Hauptstück

Bund und Länder

A. Bundes- und Landesgebiet	121
1. Die Bundes- und Landesgrenzen	121
2. Änderung des Bundes- und Landesgebietes	125
B. Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	126
1. Allgemeine Grundsätze für die Aufteilung der staatlichen Funktionen	126
2. Die allgemeine Verteilung der Zuständigkeiten in Gesetzgebung und Vollziehung	129
3. Verteilung der Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Abgabewesens	138
4. Verteilung der Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens	145
a) Verteilung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des nicht land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens und dieses Erziehungswesens in den Angelegenheiten der Schüler- und Studentenheime	145
b) Verteilung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens und dieses Erziehungswesens in den Angelegenheiten der Schülerheime	150
c) Verteilung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des restlichen Erziehungswesens und des Volksbildungswesens	151
5. Die Kompetenz-Kompetenz	151
6. Delegation und Devolvierung der Zuständigkeiten	152
7. Grundsätze für die Auslegung der Kompetenzbestimmungen	155
8. Garantien für die Einhaltung der verfassungsgesetzlichen Kompetenzverteilung	157
9. Die Frage der Bundesexekution	159
C. Das Verhältnis zwischen den Ländern	163
1. Allgemeine Grundsätze	163
2. Die Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes aller Länder	164

Drittes Hauptstück

Die staatliche Organisation

A. Allgemeine Grundsätze für die staatliche Organisation	167
B. Die Volksvertretungen	172
I. Allgemeine Grundsätze für die Einrichtung der Volksvertretungen	172

II. Die Volksvertretungen für den Bereich des Bundes	175
a) Der Nationalrat	175
1. Zusammensetzung und Wahl	175
2. Geschäftsleitung	190
3. Wirkungskreis	199
b) Der Bundesrat	202
1. Zusammensetzung und Wahl	202
2. Geschäftsleitung	206
3. Wirkungskreis	208
c) Die Bundesversammlung	209
1. Zusammensetzung und Geschäftsleitung	209
2. Wirkungskreis	210
III. Die Volksvertretungen für den Bereich der Länder	211
Die Landtage	211
1. Zusammensetzung und Wahl	211
2. Geschäftsleitung	214
3. Wirkungskreis	216
IV. Die Stellung der Mitglieder der Volksvertretungen	218
1. Das Prinzip des freien Mandates	218
2. Die Immunität	218
3. Inkompatibilitätsgründe	222
4. Die Aufwandsentschädigung	224
C. Die Organe der Vollziehung	226
I. Allgemeine Grundsätze für die Organisation der Vollziehung	226
1. Scheidung der Vollzugsorgane in Organe der Verwaltung und Organe der Gerichtsbarkeit	226
2. Trennung der Justiz von der Verwaltung	229
II. Die Organe der Verwaltung	231
a) Allgemeine Grundsätze	231
1. Grundzüge der Organisation der Verwaltungsbehörden	231
2. Organisatorische Scheidung von Bundes- und Landes- verwaltung	233
b) Rechtliche Stellung der in der Verwaltung tätigen Personen	239
1. Scheidung in gewählte und in berufsmäßige Organe	239
2. Die obersten Organe der Verwaltung	241
a) Allgemeine verfassungsrechtliche Stellung der obersten Organe der Verwaltung	241
β) Der Bundespräsident	245
γ) Die Mitglieder der Bundesregierung	259
δ) Staatssekretäre	266
ε) Die Mitglieder der Landesregierungen	267
3. Die berufsmäßigen ernannten Organe der Verwaltung. Die verfassungsrechtliche Stellung der berufsmäßigen ernannten Angestellten des Bundes, der Länder und der Gemeinden	274

c)	Die wichtigsten Dienststellen der Bundes- und Landesverwaltung	277
1.	Die Bundesministerien	277
2.	Die Schulbehörden des Bundes	282
3.	Die Dienststellen der Verwaltung der Länder	284
4.	Verwaltung der Stadt und des Landes Wien	288
d)	Die Einrichtungen der territorialen Selbstverwaltung	292
1.	Die Einrichtung der Ortsgemeindeverwaltung	292
2.	Städte mit eigenem Statut	308
3.	Gemeindeverbände	310
e)	Die verfassungsrechtliche Problematik der nichtterritorialen Selbstverwaltung	312
III.	Die Organe der Gerichtsbarkeit	315
1.	Grundzüge der Gerichtsorganisation	315
2.	Die Zusammensetzung der Gerichtsbehörden	317
3.	Die Zusammensetzung des Verwaltungsgerichtshofes und des Verfassungsgerichtshofes	319
4.	Die Stellung der richterlichen Organe	326

Viertes Hauptstück

Die Ausübung der staatlichen Funktionen

A.	Die allgemeinen Grundsätze für die Ausübung der staatlichen Funktionen	331
I.	Die Einteilung der staatlichen Funktionen	331
II.	Das Verhältnis zwischen den staatlichen Akten des Bundes und der Länder	334
B.	Das Verfahren der Gesetzgebung	335
I.	Das Verfahren der Bundesgesetzgebung	335
1.	Das Verfahren der einfachen Bundesgesetzgebung	335
2.	Das Verfahren der Verfassungsgesetzgebung des Bundes	342
II.	Das Verfahren der Landesgesetzgebung	343
1.	Das Verfahren der einfachen Landesgesetzgebung	343
2.	Das Verfahren der Verfassungsgesetzgebung der Länder	348
III.	Die unmittelbare Teilnahme des Volkes an der Bundes- und Landesgesetzgebung	349
1.	Die Formen einer unmittelbaren Teilnahme des Volkes	349
2.	Das Volksbegehren	349
3.	Die Volksabstimmung	353
IV.	Der Wirksamkeitsbeginn der Gesetze	356
C.	Das Verfahren der Verwaltung	358
I.	Die leitenden Grundsätze für die Führung der Verwaltung	358
II.	Das Verfahren bei Erlassung von Verordnungen	361
1.	Allgemeine Grundsätze	361

2. Die vorläufigen gesetzändernden Verordnungen des Bundespräsidenten	366
III. Der Abschluß der Staatsverträge	368
D. Das Verfahren der Gerichtsbarkeit	376
Die allgemeinen verfassungsgesetzlichen Grundsätze	376

Fünftes Hauptstück

Das Bundesheer

A. Inhalt und Geschichte des Militärrechts	379
B. Die Grundlagen des geltenden Militärrechts	384

Sechstes Hauptstück

Die Kontrolle der Gesetzgebung und Vollziehung

A. Die politische Kontrolle	397
B. Die finanzielle Kontrolle	401
1. Die jährliche Festsetzung des Voranschlages für die finanzielle Gebarung	401
2. Die Bewilligung der Aufnahme oder Konvertierung von Bundesanleihen und der Verfügung über Bundesvermögen	406
3. Die Kontrolle der Gebarung	407
C. Die rechtliche Kontrolle	415
1. Die Verantwortlichkeit der Verwaltungsorgane	415
2. Kontrolle der Verwaltung durch den Verwaltungsgerichtshof	422
a) Kompetenzen des Verwaltungsgerichtshofes	422
b) Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof	428
3. Kontrolle der Gesetzgebung und Verwaltung durch den Verfassungsgerichtshof	437
a) Übersicht über die Kompetenzen des Verfassungsgerichtshofes	437
b) Der Verfassungsgerichtshof als Kausalgerichtshof	439
c) Der Verfassungsgerichtshof als Kompetenzgericht	440
d) Der Verfassungsgerichtshof als Verordnungsprüfungsgericht	445
e) Der Verfassungsgerichtshof als Gesetzesprüfungsgericht	452
f) Der Verfassungsgerichtshof als zur Prüfung von Staatsverträgen zuständiges Gericht	459
g) Der Verfassungsgerichtshof als Wahlgerichtshof	461
h) Der Verfassungsgerichtshof als Staatsgerichtshof	465
i) Der Verfassungsgerichtshof als Sonder-Verwaltungsgerichtshof	468
j) Das Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof	469

Siebentes Hauptstück

Staatsbürgerschaft und staatsbürgerliche Rechte

A. Die Staatsbürgerschaft	472
I. Begriff und Inhalt der Staatsbürgerschaft	472
II. Die Entwicklung des österreichischen Staatsbürgerschaftsrechtes	475
1. Die Staatsbürgerschaftsgesetzgebung der früheren Monarchie	475
2. Die Staatsbürgerschaftsgesetzgebung zwischen 1918 und 1938	477
3. Die Staatsangehörigkeit während der Besetzung Österreichs durch das Deutsche Reich	480
4. Das neue österreichische Staatsbürgerschaftsrecht	482
a) Die Überleitung in die neue Ordnung	482
b) Das Staatsbürgerschaftsgesetz 1945/1949	485
c) Das Staatsbürgerschaftsgesetz 1965	488
B. Die Grund- und Freiheitsrechte	497
I. Begriff und Bedeutung der Grund- und Freiheitsrechte	497
II. Geschichtliche Entwicklung der Grund- und Freiheitsrechte in Österreich	506
III. Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten	510
IV. Grundrechte der Einzelperson	516
1. Der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz	516
2. Das Recht auf Leben und damit zusammenhängende Rechte	521
3. Die persönliche Freiheit	522
4. Die Unverletzlichkeit des Hausrechtes	526
5. Schutz des Briefgeheimnisses	527
6. Die Freiheit des Aufenthaltes und Freizügigkeit	528
7. Das Recht auf das Verfahren vor dem gesetzlichen Richter und damit zusammenhängende Rechte	532
8. Die Rechte des Privat- und Familienlebens	536
V. Die Grundrechte des Gemeinschaftslebens	536
1. Das Vereins- und Versammlungsrecht	536
2. Das Petitionsrecht	539
3. Die Freiheit der Meinungsäußerung und die Pressefreiheit	540
VI. Die Grundrechte der Religion und der Religionsgesellschaften	542
1. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit	542
2. Die Rechtsstellung der Religionsbekenntnisse	546
VII. Die Grundrechte der Bildung und Schule	550
VIII. Die Grundrechte des wirtschaftlichen Lebens	553
1. Unverletzlichkeit des Eigentums	553
2. Recht des Erwerbes von Liegenschaften	560
3. Freiheit der Liegenschaften von unablösbaren Leistungen .	562
4. Freiheit der Erwerbstätigkeit	562
IX. Die Grundrechte der Minderheiten	563
Sachverzeichnis	569